

André Leisewitz
Klaus Pickshaus

Ökologische Spurensuche im Betrieb

Tatort Betrieb – Erfahrungen
einer Aktion der IG Metall

Mit einem Vorwort
von Franz Steinkühler und
Horst Schmitthenner

Materialien

ARBEIT & ÖKOLOGIE

ARBEIT & ÖKOLOGIE

Verlag der
ökologischen
Briefe

Frankfurt/Main
1992

Inhalt

Vorwort von Franz Steinkühler und Horst Schmitthenner	7
1 „Tatort Betrieb“ – ein Pilotunternehmen	9
2 „Tatort Betrieb“ 1988 bis 1991: Ablauf und Ergebnisse	13
2.1. „... zu wenig um den Umweltschutz gekümmert“	15
2.2. „PER und TRI raus aus den Betrieben“	16
2.3. Die zweite Phase: „Giftcocktail Kühlschmierstoffe“	20
2.4. Zwischenbilanz und Perspektiven	24
2.5. Reaktionen der Unternehmer	25
3 Umweltpolitische Handlungsbedingungen seit Ende der achtziger Jahre	27
3.1. Umweltdiskussion und Umweltgesetzgebung	29
3.2. Trends im Umwelt- und Gesundheitsbewußtsein	31
3.3. Gewerkschaften und Umweltpolitik	33
4 Per und Tri: Wie eine Stoffgruppe „angreifbar“ wird	35
4.1. Gefahrstoffe als „Schnittstelle“	37
4.2. „Tatort Betrieb“ – wieso Per und Tri?	37
4.3. Die „Umbewertung“ eines Arbeitsstoffs	39
5 Vom Gefahrstoff-Ansatz zur ökologischen Betriebspolitik? Zur inneren Dynamik von „Tatort Betrieb“	43
5.1. Einzelstoff-Ansatz und „Gefahrstoff-Bewußtsein“	45
5.2. Betriebliche Umweltbelastungen	46
5.3. Ökologische Produkt- und Unternehmenspolitik?	48
5.4. Verhältnis zu betrieblichen „Fachinstanzen“	49
5.5. Verbindung zur Umweltpolitik und -bewegung	50

6	„Plötzlich ist die Belegschaft hellwach geworden“ – Handlungsträger und Bewußtseinsveränderungen	51
6.1.	Arbeitsschützer im Mittelpunkt	53
6.2.	Politisierung und Öffnung des Arbeitsschutzes	54
6.3.	Resonanz und Einbeziehung der Belegschaften	55
6.4.	Gesundheitsverhalten und ökologische Sensibilisierung	57
6.5.	Neue „Experten“ in Sachen Ökologie?	59
7	Gewerkschaft auf neuem Terrain – Defizite und Konsequenzen der bisherigen Aktion	61
7.1.	Zentrale Anlage und lokale Vielfalt der Aktionen	63
7.2.	Schlüsselrolle der Medien- und Bildungsarbeit	64
7.3.	Betriebs- und Tarifpolitik – Probleme und Defizite	65
7.4.	Arbeitsschutz-Institutionen und Beratungsbedarf	67
7.5.	Gesundheitsschutz- und Umweltschutzpolitik	68
8	Anhang	71
	Karin Roth, Tatort Betrieb	73
	Walter Riester, „Ein nur scheinbarer Gegensatz...“	74
	Karin Roth, Vorsorge statt Reparatur	76
	Walter Riester, Ökologischer Umbau und Mitbestimmung	80
	Fritz Kalberlah, Giftcocktail – die Gefahren von Kühlschmierstoffen	82
	Gesundheitsschutz: mangelhaft. Ergebnisse einer IG-Metall-Umfrage zu Kühlschmierstoffen	85
	Vermeiden, Verwerten, Entsorgen. Eine Gefahrstoffinformation der IG Metall zu verbrauchten Kühlschmiermitteln	87
	Forschungsprojekt Kühlschmierstoffe. Gemeinsame Erklärung des Verbands der Metallindustrie und der IG Metall	90
	Horst Schmitthenner, Gefahrstoff-Aktionen – ein Beispiel macht Schule	91

Vorwort

Für die IG Metall hat der Gesundheitsschutz für die Beschäftigten und die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen einen hohen Stellenwert. Deshalb engagieren wir uns gleichermaßen für eine Verringerung von Belastungen in der Arbeitsumwelt und in der Natur.

Die IG Metall hat mit ihren Zukunftsforen begonnen, sich an einer gesellschaftlichen Debatte zu beteiligen, die die drohende ökologische Katastrophe verhindern will. Es gilt nicht nur global zu denken, sondern regional und betrieblich zu handeln. Dabei muß das gemeinsame Handeln von Gewerkschaften und Umweltbewegung mehr als bisher praktiziert werden.

Umweltschutz muß in den Betrieben beginnen. Nur wenn die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer über Umweltbelastungen und Gesundheitsgefährdungen informiert sind, besteht eine Chance initiativ zu werden. Die IG Metall fordert daher mehr Informationsrechte für die Beschäftigten und eine Ausweitung der Aufgaben und Rechte für Betriebsräte im Arbeits- und Umweltschutz. Dazu liegen bereits detaillierte Forderungen vor, wie zum Beispiel die Einrichtung von Umweltausschüssen auf Betriebs- und Unternehmensebene sowie die Verbesserung der Handlungsmöglichkeiten von Umweltbeauftragten.

Mit der Aktion Tatort Betrieb hat der Bezirk Stuttgart seit 1988 praktische Beiträge zur Umsetzung eines besseren Gesundheits- und Umweltschutzes geleistet und dabei die beschäftigten Kolleginnen und Kollegen in die Informations- und Diskussionsprozesse einbezogen. Die Erfahrungen mit dieser Aktion werden in der vorliegenden Studie dargestellt.

In der Öffentlichkeit erzielte die Aktion Tatort Betrieb eine große Resonanz. Zahlreiche Verwaltungsstellen und andere Bezirke der IG Metall führen jetzt ähnliche Aktionen durch. Daher rührt auch das Interesse an einer Auswertung bisheriger Erfahrungen.

Die vorliegende Studie zur Aktion Tatort Betrieb in Baden-Württemberg zeigt dreierlei:

- Die Belegschaften sind für gesundheits- und umweltpolitische Probleme sensibler geworden.

- Die Kompetenz von Betriebsräten und der IG Metall auf dem Gebiet des Arbeits- und Umweltschutzes ist im Verlauf der Aktion gewachsen.

- Die Bereitschaft zum ökologischen Engagement ist groß.

Für die IG Metall ergeben sich neue Anforderungen:

- Eine qualifizierte Auseinandersetzung mit den ökologischen Problemen benötigt neue Beratungsstrukturen und eine systematische Informations- und Bildungsarbeit. Dazu gehört eine intensive Kooperation von betrieblichen und wissenschaftlichen Experten.

- Ein vorsorgender Arbeits- und Umweltschutz erfordert eine Vorgehensweise, die jeden zur aktiven Teilnahme einlädt.

- Das Selbstverständnis des Arbeits- und Gesundheitsschutzes muß sich der ökologischen Herausforderung öffnen.

Die vorliegende Studie gibt nicht auf alle Fragen Antworten, sie reflektiert vorhandene Erfahrungen und kann helfen, ähnliche Aktionen vorzubereiten.

Frankfurt am Main, im Dezember 1991

Franz Steinkühler
1. Vorsitzender
der IG Metall

Horst Schmitthenner
Geschäftsführendes
Vorstandsmitglied
der IG Metall

2.1. „... zu wenig um den Umweltschutz gekümmert“

Im Zusammenhang mit der allgemeinen umweltpolitischen Diskussion und Sensibilisierung entwickelten sich im Bereich der IG Metall Ende der achtziger Jahre auf verschiedenen Ebenen der Organisation Vorstellungen für eine stärkere betriebliche Thematisierung von Umwelt- und Gesundheitsproblemen. Das gilt für die Vorstandsverwaltung, aber auch den Bezirk Stuttgart der IG Metall sowie einzelner seiner Verwaltungsstellen.

Die Akzente wurden bei diesen Konzeptionen im einzelnen unterschiedlich gesetzt. Sie lagen teils stärker auf der Umwelt, teils stärker auf der Gesundheitsproblematik. Gemeinsam war ihnen aber der Versuch, beide Aspekte miteinander zu verbinden.

Betriebsräte-Befragung

Von der Grundsatzabteilung der Vorstandsverwaltung wurde 1985/1986 bei der Suche nach umweltbezogenen Informations- und Eingriffsmöglichkeiten im Zusammenhang mit Paragraph 54 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Aufgaben des Immissionsschutzbeauftragten) eine Betriebsräte-Befragung in der Bildungsregion Esslingen/Ludwigsburg/Waiblingen des Bezirks Stuttgart angeregt. Mit dieser Untersuchung sollte „der Zusammenhang von betrieblichem Arbeitsschutz und Umweltschutz“ und der Kenntnisstand der betrieblichen Interessenvertretungen auf diesem Gebiet genauer erfaßt werden (Befragungszeitraum August 1986 bis April 1987).¹

Die Studie ergab vielfältige Hinweise auf betriebliche Umweltbelastungen und die weite Verbreitung von Lösemitteln. Als wichtigste Ergebnisse benannte sie große Informationsdefizite der Betriebsräte bei Arbeitsstoffen und

Entsorgung, bei Gefahr- und Schadstoffkonzentrationen und beim Energieverbrauch sowie eine zu geringe Beachtung des Gesundheitsschutzes. Generell wird dies als „mangelndes Problembewußtsein auf seiten der Betriebsräte“ interpretiert.

Die gewerkschaftliche Diskussion, die sich bisher vor allem auf „Umweltschutzmaßnahmen und Arbeitsplätze“ konzentriert habe, laufe Gefahr, „vom Kern des Problems abzulenken, nämlich Mittel und Wege zu einer an den ökologischen Erfordernissen orientierten Produktionsweise zu finden“.² Es wird empfohlen, durch Fragebogenaktionen, Schulungen und überbetriebliche Arbeitskreise zu einer Sensibilisierung der Betriebsräte und der Organisation beizutragen und Voraussetzungen für die Einrichtung betrieblicher Informationssysteme zu Gesundheits- und Umweltproblemen zu schaffen. Über die Ergebnisse der Studie wurde im „Gewerkschafter“ unter dem Titel „Tatort Betrieb“ berichtet.³

Umweltforum der IG Metall

Etwa in die gleiche Zeit fiel das im Januar 1988 veranstaltete Umweltforum der IG Metall (das erste der IG-Metall-Zukunftsforen), bei dem ein Positionspapier der IG Metall zur Stärkung der Stellung der Betriebsräte beim betrieblichen Umweltschutz vorgelegt wurde. Vorgeschlagen wurden unter anderem

- die Zuständigkeit der Betriebsräte für Umweltschutz im Betriebsverfassungsgesetz festzuschreiben;
- die Umweltbeauftragten als vom Unternehmen unabhängige Sachverständige zu stärken;
- Umweltausschüsse zu bilden und jährlich einen Umweltbericht zu erstatten;
- seitens der Unternehmen ein für Umweltschutz zuständiges Mitglied der Geschäftsleitung zu ernennen – „Öko-Direktor“.⁴

1 Waltraud Pustal, Umweltschutz im Betrieb. Eine Umfrage der IG Metall im Rahmen eines Praktikums der Hans-Böckler-Stiftung, hektogr., o.O., o.J. (Frankfurt/M., 1987).

2 Ebenda, S. 16.

3 Karin Roth, Tatort Betrieb, in: Der Gewerkschafter 9/1987, S. 2 f. (abgedruckt im Anhang). Für die Ergebnisse der Untersuchung charakteristisch war die Meinung des Betriebsratsvorsitzenden von SWF Auto-Electric/Bietigheim, Frieder Schmidt: „Bisher haben wir uns zu wenig um den Umweltschutz im Betrieb gekümmert.“

4 Vgl. IG Metall (Hrsg.), Umweltschutz zwischen Reparatur und realer Utopie. Wege aus der Bedrohung,

2.2. „PER und TRI raus aus den Betrieben“

In der Bezirksleitung Stuttgart der IG Metall gab es seit Mitte der achtziger Jahre ebenfalls Überlegungen zu neuen Ansatzpunkten im Arbeitsschutzbereich. Das betraf auch die Frage des Umgangs mit betrieblichen Gefahrstoffen. Im Rahmen dieser konzeptionellen Überlegungen (sie werden näher im vierten Kapitel untersucht) kündigte die Bezirksleitung Ende August 1988 die „Aktion Tatort Betrieb. Umweltschutz beginnt am Arbeitsplatz“ an. „Tatort Betrieb“ entwickelte sich in den folgenden Jahren zu einer dauerhaften Aktion.

In ihrer ersten Phase standen die Metallreinigungsmittel Perchlorethylen und Trichlorethylen im Mittelpunkt der Auseinandersetzung.⁵ Diese Aktionsphase reichte von der öffentlichen Ankündigung im August 1988 bis zum Oktober des darauffolgenden Jahres. Im folgenden gehen wir etwas näher auf den Start und die Ergebnisse der ersten Aktionsphase ein.

Start der Aktion

Die Ankündigung von „Tatort Betrieb“ mit den Stichworten „Raus mit dem Gift aus den Betrieben“ und „Folgen der personellen Unterbesetzung der Gewerbeaufsichtsämter“ fand ein beachtliches Presseecho. „Die IG Metall beginnt in ihren 29 Verwaltungsstellen in Baden-Württemberg die Aktion Tatort Betrieb als Beitrag zur Verbesserung des Gesundheits- und Umweltschutzes. Hintergrund für die Aktion ist die unbestreitbare Tatsache, daß 1. immer mehr Beschäftigte durch den Umgang mit Gefahrstoffen erkranken und 2. Umweltbelastungen, die in der unmittelbaren Arbeitsumwelt entstehen, einen Hauptanteil an allen Umweltschäden darstellen. Insofern ist die Verbesse-

rung der Arbeitsumwelt nicht nur Gesundheitsschutz für die unmittelbar betroffenen Beschäftigten, sondern gleichzeitig das Herzstück des Umweltschutzes insgesamt.“⁶ Weiter wurde auf die Ergebnisse der erwähnten Betriebsrätebefragung, auf die Umwelt- und Gesundheitsbelastungen durch Per und Tri, auf deren weite Verbreitung in den Metallbetrieben des Bezirks und auf die Auseinandersetzungen um ihre arbeitsmedizinische Einstufung verwiesen.

Abschließend heißt es: „Jetzt müssen gemeinsame Anstrengungen unternommen werden, um die extrem gesundheits- und umweltschädlichen chlorierten Kohlenwasserstoffe aus der Produktion zu verdrängen und durch Reinigungsverfahren zu ersetzen, die für Mensch und Umwelt verträglich sind.“

Zentrale Vorbereitung

In einem nächsten Schritt lud die Bezirksleitung Stuttgart Anfang September die Verwaltungsstellen und jeweiligen Arbeitskreise Arbeitssicherheit zu einer zentralen Arbeitsschutzkonferenz am 28. November 1988 nach Leinfelden-Echterdingen ein.

● Im Vorfeld dieser Konferenz fand am 27. September 1988 eine Tagung des bezirklichen Vertrauensleuteausschusses und des bezirklichen Arbeitskreises Arbeitssicherheit mit Vertretern der IG-Metall-Vorstandsverwaltung (aus den Abteilungen Betriebsräte und Arbeitsschutz) und den Vertretern des Bezirks in den Berufsgenossenschaften zu „Tatort Betrieb“ statt. Auf der Tagesordnung stand ein Referat zu Ersatzstoffen und Reinigungsverfahren.

● Im Oktober 1988 gab die Bezirksleitung ein zentrales Material mit einem detaillierten Zeitplan für die Aktion heraus:

„Betriebsrat, Vertrauenskörper und Arbeitsschutzausschuß erstellen einen Aktionsplan auf der Grundlage folgender Planung:

Materialband Nr. 1 der Diskussionsforen „Die andere Zukunft: Solidarität und Freiheit“, Köln 1988, sowie: IG Metall, Ergänzungen zum Gesetzesvorschlag zur Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes durch den DGB-Bundesvorstand. Beschluß vom 7. Juni 1988, hektogr.

- 5 Es handelt sich dabei um chlorierte Kohlenwasserstoffe, die in der Oberflächenbehandlung von Metall weite Verbreitung haben. Sie sind stark gesundheits- und umweltgefährdend.
- 6 Presseinformation der IG Metall Bezirksleitung Stuttgart vom 26. August 1988 „Aktion Tatort Betrieb. Umweltschutz beginnt am Arbeitsplatz.“ Gleichzeitig vorgelegte Materialien zur personellen Unterausstattung der Gewerbeaufsicht fanden in der Presseberichterstattung jedoch kaum Erwähnung.

- Oktober/November 1988: Bestandsaufnahme über Kaltreinigereinsatz;
- Dezember bis Februar 1988/89: Regelmäßige Berichterstattung über Ergebnisse, auch über Mißerfolge...;
- März 1989: Überprüfung der Aktion – Zwischenergebnisse;
- April/Juni 1989: Aktion forcieren – Aufkleber-Aktion...;
- Juni 1989: Abschließende Bestandsaufnahme, Ankündigung der nächsten Aktion Tatort Betrieb (Klebstoffe/Lösungsmittel).⁷

Zugleich wurden Arbeitsmittel und -hilfen vorgeschlagen. Ebenfalls im Oktober erschien ein von der Vorstandsverwaltung der IG Metall (Referat Arbeitsschutz) herausgegebenes „Gefahrstoff-Info“ zu organischen Lösemitteln, insbesondere Perchloroethylen, das als Begleitmaterial gedacht war.⁸

- Einzelne Verwaltungsstellen gingen noch vor der Leinfeldener Tagung mit eigenen Auftaktveranstaltungen in die Öffentlichkeit.
- Der Einstimmung des ganzen Bezirks auf die Aktion Tatort Betrieb diente die bezirksweite Arbeitsschutzkonferenz „Pro Gesundheit – contra Gift am Arbeitsplatz“ am 28. November 1988 in Leinfeld-Echterdingen.

Arbeitsschutzkonferenz 1988

Auf der Tagung sprachen neben dem Bezirksleiter der IG Metall, Walter Riester, als weitere Referenten Dr. Fritz Kalberlah vom Forschungs- und Beratungsinstitut Gefahrstoffe (FoBiG) über „Arbeitsschutz als Umweltschutz“ und Karin Roth von der Vorstandsverwaltung der IG Metall über „Vorsorge anstatt Reparatur. Alternativen für eine ökologische Produktion und humane Arbeitsbedingungen“. (Auszüge aus den Referaten von Walter Riester und Karin Roth sind im Anhang abgedruckt.) Die Tagung fand ein beachtliches Presseecho.

Den Tenor gibt der Bericht der „Stuttgarter Zeitung“ wieder: Der Bezirksleiter Walter

Riester habe sich überrascht über die Resonanz auf die im Sommer begonnene Aktion gezeigt; einige Betriebe hätten bereits Per und Tri abgelöst und auf andere Stoffe bzw. Verfahren umgestellt. Die IG Metall habe erkannt, daß bisher zu wenig für Gesundheits- und Umweltschutz getan worden sei. Der Prozeß des Umdenkens erfordere jedoch eine langwierige Diskussion. Die Gewerkschaft müsse sich den Problemen stellen – auch dann, wenn es wegen drohender Arbeitsplatzverluste schwierig werden könne.

Verwiesen wird auf die von Riester erwähnte Hohe-See-Verbrennung durch Unternehmen aus Baden-Württemberg, da der IG Metall die Kundenliste des Verbrennungsschiffes „Vestra“ vorliege. Genannt werden unter anderem Bosch, WMF Geislingen, die Kühlerfabrik Behr, Lindemaier-Präzisions AG, IBM Sindelfingen.⁹ Diese Unternehmensliste zur CKW-Verbrennung auf Hoher See fand neben dem Referat von Walter Riester in allen größeren Presseberichten eine besondere Erwähnung.

Klausurtagung

Die jährliche Klausurtagung der Bezirksleitung (Dezember 1988 in Triberg), an der alle hauptamtlichen Funktionäre der Bezirksorganisation teilnahmen, stellte den letzten Schritt bei der zentralen Vorbereitung der Aktion dar. Nach der Leinfeldener Tagung ging die Verantwortlichkeit für die Vorbereitung von Sybille Stamm an Gerhard Zambelli bzw. Edgar Schmidt über (letzterer war auch für Vertrauensleute und Pressearbeit zuständig).

Bei der Tagung wurden für 1989 zwei verbindliche Schwerpunktthemen für Betriebsaktionen festgelegt: Eingruppierung der Frauen und „Tatort Betrieb“. Für „Tatort“ wurde ein systematischer Ablaufplan mit Foliensatz und Argumentationshilfen vorgelegt. Die entsprechenden inhaltlichen und zeitlichen Schritte der Aktion waren damit ausgearbeitet.

7 IG-Metall-Betriebsleitung Stuttgart (Hrsg.), Aktion: Tatort Betrieb. PERchloroethylen und TRIchloroethylen müssen aus dem Produktionsprozeß verschwinden, Oktober 1988.

8 „Umweltschutz und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz. Umgang mit organischen Lösungsmitteln, insbesondere Perchloroethylen, aus medizinischer Sicht“, von Prof. Dr. Wolfgang Huber. Hrsg. IG-Metall-Vorstandsverwaltung, Referat Arbeitsschutz, hektogr., Oktober 1988.

9 Vgl. Stuttgarter Zeitung vom 29.11.1988.

Blickt man zurück, so spielte für die vorbereitende Phase von „Tatort Betrieb“ der bezirkliche Arbeitskreis Arbeitssicherheit eine ausschlaggebende Rolle. In diesem Gremium fanden die konzeptionellen Diskussionen für die Bezirksaktion statt, hier wurden die Themen der Kampagne (Kaltreiner und Gewerbeaufsichtsamts-Besetzung, Konzentration auf Per/Tri) ausgewählt und die Aktionsschritte ausgearbeitet, die dann der Bezirksleitung vorgeschlagen wurden.

Ergebnisse der ersten Phase

Im Mai 1989 legte die Bezirksleitung der IG Metall bei ihrer 40. Bezirkskonferenz eine erste Zwischenbilanz zur Tatort-Kampagne vor. Nach Angaben aus 18 Verwaltungsstellen hatten demnach 60 Betriebe im Zeitraum der Aktion Per aus ihrer Produktion entfernt.

Der Bezirksleiter Walter Riester betonte: Wir schützen die Gesundheit der Metaller und betreiben gleichzeitig aktiven Umweltschutz. Als dritten Aspekt nannte er einen beschäftigungspolitischen Effekt, der sich aus Investitionen in geschlossene Anlagen ergäbe (Arbeitsplatzsicherung). Hervorgehoben wurde „eine überraschend hohe Kooperationsbereitschaft der Unternehmer gegenüber ihren Betriebsräten“. In einer ganzen Reihe von Betrieben würden Ersatzstoffe ausprobiert und Versuche mit anderen Reinigungsverfahren angestellt. In Großbetrieben seien „feste Termine vereinbart (worden), bis zu denen Per oder andere Chlorkohlenwasserstoffe aus der Produktion verschwinden sollen“.¹⁰

Im Oktober 1989 stellte die Bezirksleitung in ihrer Schlußbilanz fest, daß mindestens 350 Betriebe auf die Verwendung von Per und Tri verzichtet hätten. In 260 Metall-Betrieben des Bezirks würden Per und Tri jedoch weiter verwandt. Bei einem Drittel dieser Unternehmen seien Verhandlungen zwischen Betriebsrat und Geschäftsleitung soweit gediehen, daß die Ablösung der Gefahrstoffe absehbar bzw. fest terminiert sei. Nach Schätzung der

IG Metall hätte sich damit der Verbrauch von Per/Tri in der südwestdeutschen Metallindustrie 1988/89 um die Hälfte verringert: von 10 000 Tonnen auf 5 000 Tonnen pro Jahr.¹¹

Generell wurde dieses Ergebnis von der Bezirksleitung als „ordentlicher Erfolg“ bewertet, zumal es zu beträchtlichen Veränderungen im Bewußtsein der Belegschaften gekommen sei und auch die Gegenseite sich bewegt hätte. Jedoch wurde darauf hingewiesen, daß es bei der Bezirksleitung über diese „globalen“ Angaben hinaus keine systematische Auswertung der Ergebnisse der Aktion gäbe.

Die Bezirksleitung kündigte zugleich öffentlich an, daß im November 1989 als nächste Gefahrstoffgruppe Kühlschmierstoffe thematisiert werden sollten.

Berichte der Verwaltungsstellen

Für die Öffentlichkeitsarbeit der Verwaltungsstellen stellte neben den örtlichen Wechsellisten von „metall“ die regionale und lokale Presse das wichtigste Medium dar. Im Verlauf der Aktion erschienen neben zahlreichen Betriebsberichten, in denen über Wegfall oder Weiterverwendung von Per und Tri sowie über Umweltskandale im Zusammenhang mit diesen und anderen Gefahrstoffen berichtet wurde, auch eine ganze Reihe von (Zwischen-)Bilanzen verschiedener Verwaltungsstellen.

Auf diese Materialien der einzelnen Verwaltungsstellen kann hier nicht näher eingegangen werden. Sie dürften jedoch – neben den unmittelbar betrieblichen Unterlagen – am deutlichsten die Reichweite der Aktion Tatort Betrieb wiedergeben. Dies gilt unter anderem für die Aneignung neuer Kenntnisse und Informationen, das Ausmaß der Einbeziehung der jeweiligen Betriebe oder die Öffentlichkeitsarbeit.

Solchen lokalen (Zwischen-)Berichten lagen oft betriebliche Umfragen und detailliertere Auswertungen über die betriebliche Situation und die Resonanz der Aktion sowie ihre Hemmnisse zugrunde, wobei in einer Reihe

10 Presseinformation der IG-Metall-Bezirksleitung Stuttgart vom 19./20. Mai 1989, hektogr. Dazu erschienen zahlreiche kürzere Meldungen in der regionalen Tagespresse.

11 Angaben des IG-Metall-Pressesprechers Edgar Schmidt, in: Stuttgarter Zeitung vom 21.10.1989; Stuttgarter Nachrichten vom 21.10.1989; Ulrich Eberhardt, Keiner weiß, was drin ist. Tatort Betrieb – Erfolge und Probleme einer Aktion, in: Der Gewerkschafter 12/1990, S. 36 f.

von Fällen auch Ersatzstoffe erfaßt wurden. Zugleich erarbeiteten die Verwaltungsstellen oft umfangreiche Materialien, Informationsunterlagen und Checklisten, die wesentliche Aktions- und Erfolgsvoraussetzungen darstellten und Qualifizierungsschritte bei gewerkschaftlichen Funktionsträgern erkennen lassen.

Bewertung der Ergebnisse

In den Bilanzen der Verwaltungsstellen wird die Aktion durchgängig als Erfolg bewertet. „Meßplatte“ ist dabei die Zahl der Betriebe, die zu einem Verzicht auf CKW-Anwendung bewegt werden konnten; die Einbeziehung der Betriebe (Beteiligung der Betriebsräte, der Arbeitssicherheits-Arbeitskreise und unter Umständen auch der Vertrauensleute, Thematisierung von Per/Tri oder anderen Gefahrstoffen auf Belegschaftsversammlungen); die Sensibilisierung in den Belegschaften; die öffentliche Resonanz. Bei allem kritischen Vorbehalt gegenüber entsprechenden Selbstdarstellungen dürfte, wenn man andere verfügbare Materialien (wie Interviews und Presseberichte) berücksichtigt, dieser Grundtenor zutreffend sein.

Das Ergebnis der Aktion – die Halbierung des Einsatzes von Per und Tri in Metall-Betrieben Baden-Württembergs – konnte im Rahmen unserer Untersuchung nicht überprüft werden. Dies ist im einzelnen wohl auch nicht möglich, zumal eine eindeutige Ursachenzuordnung zu einer Aktion wie „Tatort Betrieb“ kaum denkbar ist.

Beschleunigter Ausstieg

Jedoch dürfte, wie eine Parallel-Studie über den CKW-Ausstieg der Metallindustrie der Bundesrepublik zeigt, der Grundtrend richtig erfaßt sein.¹² Danach verminderte sich in der metallverarbeitenden Autozulieferindustrie der Bundesrepublik als einer typischen Metallbranche mit hohem Reinigungsaufwand der CKW-Verbrauch von 1986 bis 1990 auf ein Drittel des Ausgangsstandes. Überdurchschnittlich stark war die Reduktion im Krafffahrzeugbau.

Autohersteller: CKW-Verbrauch 1986 und 1990 (in Tonnen)

Unternehmen	Verbrauch		1990 in % von 1986
	1986	1990	
Ford	15	1,5	10
BMW	92	9,5	10
Opel	253	81,0	32
Mercedes-Benz	800	100,0	12
Volkswagen	1700	160,0	9
Alle fünf Unternehmen	2860	352	12

Autozulieferer: CKW-Verbrauch 1986 und 1990 (in Tonnen)*

Projektgruppe	Verbrauch		1990 in % von 1986
	1986	1990	
Achsen, Räder, Wellen, Motorblöcke, Abgasanlagen, Sitzgestelle u.ä.	147	20	14
Lenkungen	855	117	14
Kolben, Zylinder-aufbüchsen, Dichtungen, Ventile, Filter	1225	300	24
Bremsen, Federbeine, Stoßdämpfer	1006	477	47
Elektrik und Elektronik	1054	454	43

* Hochrechnung auf der Basis von 51 befragten Unternehmen der metallverarbeitenden Autozuliefer-Industrie in der Bundesrepublik (nur alte Bundesländer) mit zusammen 158 000 Beschäftigten; Stand Dezember 1990.

➤ Quelle: Recherche der Arbeit & Ökologie-Briefe; eigene Berechnungen.

12 Winfried Schwarz, Chlorierte Kohlenwasserstoffe in der Metallindustrie. Zur Verbrauchsentwicklung von 1986 bis 1990. Eine Recherche des Verlags der ökologischen Briefe im Auftrag des Greenpeace e.V., Hamburg 1990. Vgl. die Zusammenfassung der Ergebnisse in: Klaus Pickshaus/Klaus Priester (Hrsg.), Lösemittel und Ersatzstoffe. Arbeit & Ökologie-Materialien Bd. 2, Frankfurt/M. 1991, S. 51 ff.

Die Studie kommt zum Schluß, daß dieser Trend durch die restriktive Wirkung staatlicher Umweltschutzaufgaben, die zunehmende öffentliche Umweltdiskussion und die dadurch beförderte Entwicklung von Anlagentechnik und industriellen Waschchemikalien für wäßrige Reinigungssysteme ausgelöst wurde.

In diesem Kontext dürfte die erste Phase der Aktion Tatort Betrieb als beschleunigender Faktor für die rasche CKW-Verbrauchsminde- rung zu betrachten sein.

2.3. Die zweite Phase: „Giftcocktail Kühlschmierstoffe“

Eine Fortsetzung der mit Per und Tri begonnenen Aktion Tatort Betrieb war von Anfang an geplant. Die Diskussion über Thema und Konzeption der zweiten Phase begann im bezirklichen Arbeitskreis Arbeitssicherheit Ende 1989/Anfang 1990.

Als Ansatzpunkt der nächsten Aktionsrunden waren die verschiedensten betrieblichen Gefahrstoffe im Gespräch, darunter auch Kleber, Lacke und Kühlschmiermittel. Schließlich wurde beschlossen, die bei der Metallbearbeitung überall eingesetzten Kühlschmierstoffe und deren Gesundheitsgefahren in den Mittelpunkt zu stellen.¹³

Die zweite Phase sollte ursprünglich im Herbst 1991 enden; äußere Umstände (wie der Abzug qualifizierter Funktionäre in die neuen Bundesländer, die laufende Tarifrunde), aber auch betriebliche Handlungserfordernisse, die sich erst im Laufe der Aktion zeigten,

machten eine Verlängerung bis Ende März 1992 notwendig.¹⁴

Kühlschmiermittel: Gefährdungspotential

Den Ausschlag für die Entscheidung, Kühlschmierstoffe für die nächste Kampagne auszuwählen, gaben folgende Überlegungen:

- **Gesundheitsaspekt:** Kühlschmierstoffe stellen in der Metallindustrie einen weit verbreiteten Gefahrstoff dar. Sie lösen im Zusammenhang mit dem Allergiegift Formaldehyd Hautschäden aus.¹⁵ Werden sie erhitzt, bilden sich krebsauslösende polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe („Grillgifte“) sowie krebsauslösende Nitrosamine.¹⁶
- **Eigenaktivität:** Bei Kühlschmierstoffen ist mit dem sogenannten Nitrit-Test (Überprüfung der Nitrit-Konzentration in Kühlschmiermitteln zum Nachweis für eine Bildung von Nitrosaminen mit Hilfe von Teststäbchen) eine eigenständige Kontrolle ihrer Güte durch die Betroffenen möglich, durch die auch weitergehende Fragen und innerbetriebliches Handeln („ökologische Spurensuche“) ausgelöst werden können.
- **Kontinuitätsaspekt:** Kühlschmiermittel sind oft chlorhaltige Stoffe (CKW-Zusätze) und zwingen damit zur weiteren Auseinandersetzung mit dem „Chlorthema“.
- **Umweltaspekt:** Wegen der Gefahr der Entstehung von Dioxinen und der Entsorgungsprobleme ist ein allgemeiner Umweltbezug gegeben.

Arbeitsschutzkonferenz 1990

Die zweite Phase der Aktion wurde am 1. Oktober 1990 mit einer Arbeitsschutzkonferenz der IG Metall „Giftige Kühlschmierstoffe – zu heiß für Mensch und Umwelt“ eingeleitet. Die

- 13 Kühlschmierstoffe besitzen in der Metallbearbeitung große Bedeutung. Sie werden in Form von Ölen oder wäßrigen Emulsionen zum Kühlen, Schmieren oder Späneabtransport eingesetzt. Es handelt sich um Systeme mit bis zu dreißig Wirkstoffgruppen
- 14 Die Verantwortlichkeit bei der Bezirksleitung, die bereits nach der ersten Konferenz von Leinfelden (November 1988) gewechselt hatte, wurde 1990 Viktor Paszehr übertragen.
- 15 Bis zur Hälfte der den Berufsgenossenschaften gemeldeten berufsbedingten Hauterkrankungen gehen auf Kühlschmierstoffe zurück.
- 16 Hierzu erschienenen 1987 bis 1989 eine ganze Reihe neuer Fachveröffentlichungen. Vgl. Giftcocktail Kühlschmierstoffe. Eine Gefahrstoffinformation der IG Metall, Bezirksleitung Stuttgart. Bearbeitung: Fritz Kalberlah, Stuttgart 1990, S. 42; IG Metall, Arbeitskreis Arbeitssicherheit (Hrsg.), Gefahrstoff-Info Nr. 4: Nitrosamine in der Metallindustrie (Bearbeitung: Beate Hippchen/Fritz Kalberlah), Frankfurt/M. 1990.

Tagung fand wiederum in Leinfelden-Echterdingen statt. An der Tagung nahmen etwa 400 betriebliche und gewerkschaftliche Funktionsträger der IG Metall teil.¹⁷

Der IG-Metall-Bezirksleiter Riester sah eine wesentliche Ursache für die „große Resonanz“ der ersten Phase der Aktion darin, daß „wir der Komponente Arbeitssicherheit die gleichwertige Komponente Umweltschutz hinzugefügt haben“. Er verlangte bei Einführung neuer industrieller Arbeitsstoffe eine Prüfung auf Umweltverträglichkeit und die Übernahme der Verantwortung für die Entsorgung durch die Hersteller. Bei der neuen Aktionsphase gehe es darum, Gesundheitsrisiken und Umweltbelastungen durch Kühlschmierstoffe gemeinsam zu thematisieren.¹⁸ In seinem Einleitungsbeitrag zur Tagung hob Riester die Anstöße hervor, die die Aktion Tatort Betrieb durch die öffentliche Diskussion um zahlreiche Umweltskandale erhalten habe. Ein integrierter, vorausschauender Umweltschutz verlange einen umfassenden Ansatz, der auf Mitbestimmungs- und Einwirkungsrechte zielt – bis hin zur Produktmitbestimmung. Der rein betriebswirtschaftlichen Kalkulation der Unternehmer müßten die gesellschaftlichen Folgekosten entgegengehalten werden (Referatauszüge im Anhang).

Fritz Kalberlah gab einen Überblick zu den Risiken im Umgang mit Kühlschmierstoffen¹⁹, der Gesundheitswissenschaftler Wolfgang Hien (*Arbeit & Ökologie-Briefe*) sprach über „Allergien – auch eine Folge im Umgang mit Kühlschmierstoffen“. Thema des Vortrags von Christoph Ewen vom Darmstädter Öko-Institut war „Vorbeugender Umweltschutz durch die richtige Entsorgung von Kühlschmierstoffen und an-

deren Gefahrstoffen in den Betrieben“. Anlage und Thematik der Tagung zeigen das Bemühen, Gesundheits- und Umweltschutzaspekte miteinander zu verknüpfen.

Aktionsvorbereitung

Die organisatorische Vorbereitung der zweiten Phase durch die Bezirksleitung umfaßte neben der Auftaktveranstaltung und der in ihrem Rahmen vorgestellten Begleitbroschüre mit hoher Auflage und Verbreitung²⁰ die Ausarbeitung eines detaillierten Zeitplans (er reichte vom Oktober 1990 bis zum Oktober 1991) und eines Argumentationsleitfadens (Foliensatz) sowie eines Fragebogens für Verwaltungsstellen und Betriebe. Ferner vereinbarte die Bezirksleitung Schulungsmaßnahmen für die Verwaltungsstellen mit dem FoBiG und gab ein Faltblatt für die Betroffenen in Massenaufgabe heraus.²¹

Insgesamt wurde die Vorbereitung dieser Phase, die auf den seit 1988 gewonnenen Erfahrungen aufbauen konnte, in den von uns durchgeführten Interviews einhellig als sehr viel professioneller angesehen.

Der Zeitplan, der auf den Sitzungen des bezirklichen Arbeitssicherheits-Ausschusses regelmäßig besprochen wurde, sah ursprünglich folgende Schritte vor:

- *Oktober bis November 1990*: Schulung und Information zu Kühlschmierstoffen.
- *Dezember 1990 bis März 1991*: Bestandsaufnahme. Untersuchung der Kühlschmiermittel auf die genannten Inhaltsstoffe; bei positivem Befund: 1) Forderung nach Austausch gegen Kühlschmiermittel ohne gefährliche Inhaltsstoffe; 2) Information der Beschäftigten; 3) Thematisierung auf Betriebsversammlungen.

17 Vgl. *metall* vom 2.11.1990, S.17; *Arbeit & Ökologie-Briefe* 21/1990, S. 3.

18 Walter Riester, Vorwort zu der bei der Tagung vorgestellten Broschüre „Giftcocktail Kühlschmierstoffe“, a.a.O., S.3. Viktor Paszehr sprach in ähnlichem Sinne von der Absicht, mit der Aktion „eine Klammer zu bilden zwischen der Welt im Betrieb und der außerhalb“: ders., Das geht uns alle an, Interview, in: *NC-Fertigung* 1/91, S. 55.

19 Fritz Kalberlah, Giftcocktail – Die Gefahren von Kühlschmierstoffen sind einzudämmen. Das Referat ist im Anhang abgedruckt. Es erschien auch in: *Betrieb & Meister* 12/1990, S. 8 ff.

20 Vier Monate nach Erscheinen wurde eine zweite Auflage herausgegeben, womit insgesamt 17 000 Hefte in ca. 1 500 Betrieben im Umlauf sein sollten (Angaben im Anschluß an das zitierte Interview mit Viktor Paszehr in: *NC-Fertigung* 1/1991, S. 56).

21 IG Metall Baden-Württemberg (Hrsg.), Giftcocktail Kühlschmierstoffe/Tatort Betrieb: Krebsgefahr, Stuttgart o.J. (vierseitiges Faltblatt).

- *Ab April 1991:* Austausch aller Kühlschmierstoffe mit den genannten Substanzen.
- *Oktober 1991:* 1) Feststellung der vorläufigen Ergebnisse; 2) Öffentliche Darstellung durch Verwaltungsstellen und Bezirksleitung.

Im Ablaufplan wurden auch Aufgaben für die betrieblichen Vertrauensleute formuliert, die offenkundig eine betriebsbezogenere Gestaltung der Aktion anregen sollten (zum Beispiel Besprechung der Aktion auf Vertrauenskörper-Sitzungen und Beratung von möglichen betriebsbezogenen Aktivitäten, entsprechende Diskussionen auf Abteilungsversammlungen, Herausgabe von betrieblichen Flugblättern sowie Berichte und Diskussionen dazu auf Betriebsversammlungen).

Der Zeitplan wurde im Herbst 1991 verlängert. Walter Riestler schlug auf einer weiteren Fachtagung der IG Metall unter dem Motto „Gif- tige Kühlschmierstoffe – zu heiß für Mensch und Umwelt“ am 21. November 1991 in Leinfelden vor, die Aktion nicht mit dieser Konferenz auslaufen zu lassen, sondern bis voraussichtlich März 1992 fortzuführen. In dieser Zeit sollten die Ergebnisse der vom Bezirk zentral in die Wege geleiteten Fragebogenaktion ausgewertet sowie die Umweltprobleme von Kühlschmierstoffen im Betrieb diskutiert werden.

Betriebsräte-Befragung

Bei der ersten Phase von „Tatort Betrieb“ hatte es keine systematische Erfassung des Ist-Zustandes der Verwendung von Per und Tri auf bezirklicher Ebene gegeben. Höchstens

bei einzelnen Verwaltungsstellen (so zum Beispiel in Friedrichshafen) waren entsprechende Umfragen gemacht worden.

Für die zweite Runde wurde eine bezirksweite Fragebogenaktion vorgeschlagen, deren Ergebnisse nach einem Jahr mit dem dann erreichten Stand der Verwendung von Kühlschmiermitteln verglichen werden sollten. Ein entsprechender, umfangreicher Fragebogen für Betriebsräte (acht Themenbereiche, 39 Fragen plus Zusatzfragen) wurde in der Verwaltungsstelle Friedrichshafen getestet. Ziel war es, neben allgemeinen Informationen über die Verwendung von Kühlschmierstoffen auch einen Einblick in das betriebliche Wissen und Nichtwissen der Betriebsräte zu erlangen. Die Befragung fand im ersten Halbjahr 1991 statt.²²

Ergebnisse

Die Ergebnisse der Umfrage wurden auf der Leinfeldener Tagung im November 1991 vorgetragen; eine Zusammenfassung ist im Anhang abgedruckt. Insgesamt lagen Rückantworten aus 450 Betrieben vor.²³ Die Auswertung der Fragebogen ergab folgende Resultate:

- Nach wie vor ist das Wissen über gefährliche Inhaltsstoffe unzureichend.
- Es werden viel zu wenig betriebliche Messungen zur Güte der Kühlschmierstoffe durchgeführt. Damit wird ein erhöhtes Gesundheitsrisiko der Betroffenen in Kauf genommen.
- Auch über krebsförderliche Stoffe wie Nitrosamine wissen die Betriebsräte viel zu wenig Bescheid.

22 Beim Test erhielt die lange Variante des Fragebogens gegenüber einer gekürzten Fassung den Zuschlag. Gefragt wurde unter anderem nach Inhaltsstoffen von Kühlschmiermitteln, nach betrieblichen Messungen zu Kühlschmierstoffen sowie Nitrit/Nitrosaminen, nach Standzeiten und Wartung, nach Erkrankungen beim Umgang mit Kühlschmierstoffen und dem Stand betrieblicher Gefahrstoffinformation (Sicherheitsdatenblätter, Auflagen der gesetzlichen Gefahrstoff-Verordnung) sowie nach Arbeitskleidung, Recycling und Müllbeseitigung.

23 Nach Auskunft von Fritz Kalberlah, FoBiG, war dies eine hohe Rücklaufquote. Natürlich sind entsprechende Befragungen mit einer Reihe von Problemen behaftet. In einzelnen Verwaltungsstellen wie Mannheim oder Heidenheim wurde der Fragebogen abgeändert. Auch kam es zum Beispiel vor, daß Betriebsräte sich überfordert fühlten und den Fragebogen an betriebliche Fachkräfte (Umweltbeauftragte) weiterreichten. In solchen Fällen täuschte die Antwort dann einen Kenntnisstand bei den Betriebsräten vor, der nicht gegeben war. Aber andererseits förderte das auch die sonst eher blockierte Kommunikation zwischen Betriebsrat und betrieblichen Fachinstanzen im Zusammenhang mit der Gewerkschaftsaktion. Generell ist die aufklärende und aktivitätsanregende Wirkung der Fragebogenaktion hervorzuheben. Mit Sicherheit trug sie dazu bei, neue betriebliche Experten auf Gewerkschaftsseite heranzubilden.

- Häufig treten Hauterkrankungen beim Umgang mit Kühlschmierstoffen auf; zugleich fehlen Hautschutzpläne in über vierzig Prozent der Betriebe.
- Nur in einem Fünftel der Betriebe gibt es Betriebsanweisungen zum Umgang mit Kühlschmierstoffen.
- Die Standzeiten der Kühlschmiermittel sind meist zu kurz und können durch regelmäßige Kontrolle und Wartung verlängert werden.
- Ein Viertel der Befragten wußte kaum etwas über den Verbleib (Entsorgung) der Kühlschmiermittel.

Schlußfolgerung: Aktionsverlängerung

Walter Riester bezeichnete diese Ergebnisse als in vieler Hinsicht erschreckend und Anlaß für die Fortführung der Aktion bis zum März 1992. In dieser Zeit sollte auf der Ebene von Verwaltungsstellen und Betrieben nachgehakt werden. Dafür wurde eine systematische Aufschlüsselung der Ergebnisse nach Verwaltungsstellen vorgelegt. Zugleich verlangte Riester, bei den bekannten Mängeln nachhaltiger ihre Beseitigung einzufordern und entsprechende betriebliche Initiativen zu entwickeln. Wenn beispielsweise Hautschutzpläne in einer Großzahl von Betrieben fehlten, dann eröffne sich hier ein Handlungsfeld für Betriebsräte, Vertrauensleute und betroffene Beschäftigte. Verwiesen wurde in diesem Zusammenhang auf die Initiative von Vertrauensleuten bei der Motoren- und Turbinen-Union (MTU) in Friedrichshafen, die die Einhaltung der Hautschutzpläne überprüften und auf deren Aktivität hin ein Seminar zum Umgang mit Kühlschmierstoffen für Vorgesetzte von der Geschäftsleitung eingerichtet worden war.

Forschungsvorhaben zu Kühlschmierstoffen

Bei der großen Zahl der auf dem Markt angebotenen Kühlschmiermittel ist die Frage nach dem Ersatz dieser Gefahrstoffe durch weniger gesundheits- und umweltschädliche Arbeitsstoffe ungleich schwieriger zu beantworten als bei den Reinigungsmitteln Per und Tri. Kühlschmiermittel sind bei der Metallbearbeitung

fertigungstechnisch stets erforderlich, während einzelne Reinigungsschritte (Metallentfettung) zum Teil auch ersatzlos gestrichen werden können: Neben dem Umstieg auf wäßrige Reinigungssysteme ist gerade hierin ein Hauptweg des CKW-Ersatzes zu sehen. Bei Kühlschmierstoffen kommt es demgegenüber auf die Prüfung ihrer Zusammensetzung sowie die Kontrolle der Inhaltsstoffe an. Daneben steht stärker die Aufgabe ihrer systematischen Überwachung und Pflege sowie der Mengenverminderung durch Optimierung des Einsatzes von Kühlschmiermitteln.

Walter Riester hatte bei der Leinfeldener Tagung 1990 parallel zur Tatort-Kampagne ein Forschungsvorhaben zur Qualitätsprüfung von Kühlschmierstoffen vorgeschlagen, dessen Finanzierung durch Metallunternehmer, Berufsgenossenschaften und Gewerkschaften paritätisch getragen werden sollte (Referat-Auszüge im Anhang). Ausgangspunkt für diesen Vorschlag war die Suche nach einem ungefährlichen Ersatzstoff, wobei man zuerst an ein Naturprodukt wie Rapsöl dachte. In der Diskussion mit Experten ergaben sich jedoch sehr schnell zahlreiche Einwände gegen die unbesehene Orientierung auf ein scheinbar unproblematisches „Bioprodukt“. Dabei entstand die Idee einer systematischeren Untersuchung der verfügbaren Kühlschmierstoffe auf ihre Gesundheits- und Umweltverträglichkeit nach dem „Warentest“-Muster.

Rapsöl keine Alternative

Die Ergebnisse des von der IG Metall und dem Verband der Metallindustrie in Baden-Württemberg gemeinsam finanzierten Forschungsprojekts – durchführende Stelle war das Forschungs- und Beratungsinstitut Gefahrstoffe (FoBiG) – lagen im November 1991 vor (Zusammenfassung im Anhang). Zu den wichtigen Resultaten gehört die Erkenntnis, daß Kühlschmiermittel auf Basis natürlicher Rohstoffe wie Rapsöl nicht als gesundheits- und umweltschonendere Alternative betrachtet werden können.²⁴ Auf der Leinfeldener Tagung 1991 begrüßte Walter Riester ausdrücklich

²⁴ Vgl. die Zusammenfassung im Anhang sowie: Metallbearbeitung/Studie des FoBiG, „Rapsöl keine Alternative“, in: Handelsblatt vom 28.11.1991.

die Einwilligung des Unternehmerverbandes zur Kooperation bei dem Forschungsprojekt. Er interpretierte die Bereitschaft des Verbandes als Signal, „daß es Probleme mit Kühlschmierstoffen gibt und daß er bereit ist, hier etwas zu tun“. Eine gemeinsame Pressekonferenz, bei der die Ergebnisse der Studie vorgestellt werden sollten, wurde allerdings vom Unternehmerverband einseitig aus Termingründen und wegen eines aus seiner Sicht mangelnden Interesses der Medien abgesagt.

2.4. Zwischenbilanz und Perspektiven

Interviews und Materialien belegen, daß die zweite Phase der Aktion Tatort Betrieb auf der Ebene der Verwaltungsstellen von einer Vielzahl lokaler Aktionen (Fachtagungen und -seminare, Presseinformationen, öffentliche Vorlage von Befragungsergebnissen, Betriebsbegehungen) begleitet wurde. Ebenso wurden umfangreiche Checklisten und Leitfäden seitens einzelner Verwaltungsstellen erarbeitet, die die bezirklichen Materialien den jeweiligen lokalen Gegebenheiten anpaßten. Insgesamt gewinnt man den Eindruck, daß die in die Aktion einbezogenen haupt- und ehrenamtlichen Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsräte an Sachkenntnis deutlich gewonnen haben. Die Fachtagung der IG Metall in Leinfelden vom November 1991 bot dabei auch Gelegenheit für eine Zwischenbilanz dieser Aktionsphase.

Die Aktion zeigt Wirkung

An der Tagung nahmen über 400 Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre teil – mehr als erwartet.²⁵ Referate hielten der Bezirksleiter Walter Riester, Fritz Kalberlah (zur Auswertung der Umfrage und zum Forschungsprojekt Kühl-

schmierstoffe) sowie Hermann Wiese vom Ingenieurbüro Wiese und Partner, der über die Entsorgung gebrauchter Kühlschmierstoffe sprach.

Die Stimmung der Tagung wurde auch dadurch geprägt, daß neben der Auswertung der Umfrageergebnisse gezeigt werden konnte, daß Tatort Betrieb inzwischen zu einer durchaus wirkungsvollen Aktion oder Bewegung geworden ist. Nach einem noch internen Entwurf soll in die Neufassung der auf dem Chemikaliengesetz beruhenden Gefahrstoffverordnung²⁶ ein Abschnitt über Kühlschmierstoffe mit einer Reihe von Festlegungen eingefügt werden, die seit langem zum Forderungspaket der Gewerkschaft gehören. Dabei geht es unter anderem um das Verbot von Chlorparaffinen in Kühlschmierstoffen, um regelmäßige Messungen und Wartungen, um eine detailliertere Erstellung der Stoffdatenblätter, um Schutzausrüstungen und um die Überwachung der Kühlschmierstoffe durch eine dafür zu qualifizierende Sicherheitsfachkraft. Ebenso wurde auf der Konferenz registriert, daß die bisher eher inaktive Gewerbeaufsicht nunmehr zu den Kühlschmierstoff-Problemen initiativ werden will.²⁷

Entsorgungsproblem

Auf der Tagung wurden eine Reihe von Defiziten der bisherigen Aktion angesprochen. Das betrifft sowohl die fehlende Verbindung zu bestehenden Tarifnormen (besonders gilt dies für die Vereinbarung zur Belastungsminderung in der Anlage 6 zum Lohn- und Gehaltsrahmentarifvertrag von 1988) wie die noch ungenügende Gewichtung von Umweltproblemen auf der betrieblichen Ebene. Zu letzterem wurde eine von einem Ingenieurbüro (Wiese und Partner, Offenburg) ausgearbeitete Broschüre „Verbrauchte Kühlschmierstoffe – Vermeiden, Verwerten und Entsorgen“ vorgelegt.²⁸

25 Vgl. *Arbeit & Ökologie-Briefe* 25/1991, S. 17.

26 Gegenwärtig ist die Gefahrstoffverordnung vom 26.8.1986 in der Fassung vom 25.9.1991 gültig.

27 Auf der Tagung spielte die Frage der Gewerbeaufsichtsämter erneut eine Rolle. Die Gewerbeaufsicht ist in Baden-Württemberg wie überall nach wie vor personell unterbesetzt und nicht in der Lage, ihrem um Umweltschutzaufgaben ausgeweiteten Auftrag nachzukommen. Riester zufolge war jeder Beamte der Behörde 1991 statistisch für die Betreuung von 589 Betrieben zuständig. Für das ganze Land gibt es nur 18 Gewerbeärzte.

28 Verbrauchte Kühlschmierstoffe – Vermeiden, Verwerten und Entsorgen. Eine Gefahrstoffinformation der IG Metall, Bezirksleitung Stuttgart. Bearbeitung: Ingenieurbüro Wiese und Partner, Stuttgart 1991.

Im Mittelpunkt stehen die Vermeidung und die Wiederverwertung gebrauchter Kühlschmierstoffe durch Standzeitverlängerung, sorgfältige Wartung und Pflege, Anlagenoptimierung sowie Wiederaufarbeitung. Dadurch soll die Menge der zu entsorgenden Kühlschmiermittel reduziert werden. Darüberhinaus werden Umweltbelastungen, Entsorgungsrecht und -praxis sowie -kosten ausführlich behandelt.

Perspektive

Die IG Metall Baden-Württemberg plant, ab April 1992 im Rahmen einer dritten Runde von „Tatort Betrieb“ den Schwerpunkt der Aktion auf „Lösemittel im Betrieb“ zu verlagern. Der Vorbereitung wird nicht nur eine Fachkonferenz, sondern auch eine neu einzurichtende Multiplikatorenschulung dienen. Mit diesem Bezirksseminar sollen Teilnehmer aus allen Verwaltungsstellen zu Experten qualifiziert werden, die ihrerseits vor Ort Fortbildungsseminare durchführen können. In der zweiten Hälfte 1992 will der Stuttgarter IG-Metall-Bezirk das Thema Gefahrstoffproblematik im Angestelltenbereich angehen.

2.5. Reaktionen der Unternehmer

Die öffentlichen Reaktionen des baden-württembergischen Verbandes der Metallindustrie (VMI) auf die Kampagne Tatort Betrieb bewegten sich zwischen vehementer Ablehnung und dem Verlangen nach Kooperation bei einer im einzelnen kritisch-distanzierten Haltung.

„Klassenkampf“

Der Heidelberger Verband der Metallindustrie reagierte zum Beispiel auf die erste Phase der Aktion mit folgender Erklärung²⁹: Die Beseitigung von Unfallgefahren im Betrieb ist Sa-

che der Sicherheitsfachkräfte. Die Firmen tun zur Vermeidung von Gesundheitsgefahren „ihr Bestes“. Mit dem Begriff „Tatort“ kriminalisiert die IG Metall die Unternehmer. Sie „verfolgt auch auf diesem Gebiet ihren Klassenkampf“ und verunsichert die Belegschaften. Arbeitssicherheit und Gesundheit sind „den dafür zuständigen Fachleuten“ zu überlassen – Betriebsärzten, Sicherheitsfachkräften, Berufsgenossenschaften und Gewerbeaufsicht. Ebenso wurde bei der zweiten Phase (Kühlschmierstoffe) der Begriff „Giftcocktail“ kritisiert und der IG Metall vorgeworfen, sie verunsichere die Belegschaften.

Andererseits räumten die Unternehmer ein, daß es um ein ernsthaftes – wenn auch agitatorisch aufgezoogenes – Bemühen der IG Metall ging. Daher rührte einerseits in Veröffentlichungen, die dem Unternehmerlager eher nahestehen, die Kritik an den „unkommentierten Rundumschlägen“ der IG-Metall-Publikationen (die Gefahren im Umgang mit einzelnen Arbeitsstoffen würden übertrieben). Andererseits wurde die Meinung geäußert, daß es bei Brisanz und Komplexität des Themas Kühlschmiermittel „besser gewesen wäre, von vornherein sowohl mit Arbeitgebern als auch mit Kühlschmierstoff-Herstellern zusammenzuarbeiten“.³⁰ Im gleichen Zusammenhang wurde auch auf das gemeinsame Forschungsvorhaben verwiesen. Ein Gespräch der IG Metall mit dem Verband der Schmierstoffindustrie hat im übrigen stattgefunden.

Marktchancen?

Der Ersatz bestimmter Arbeitsstoffe eröffnet zugleich neue Märkte für andere Verfahren und Stoffe. Daher waren einzelne Unternehmen aus der Anlagenbranche daran interessiert, im Rahmen der Kampagne als Anbieter „sauberer Verfahren“ öffentlich von der IG Metall genannt zu werden³¹. Ebenso wurden der

29 Vgl. Rhein-Neckar-Zeitung vom 26.8.1989.

30 NC-Fertigung 1/1991, S. 57.

31 So zum Beispiel der Reinigungsanlagenhersteller Roll/Mühlacker in einem Brief an den Bezirksleiter der IG Metall, der die Konkurrenz-Firma Dürr öffentlich erwähnt hatte: „Wir ersuchen Sie dringend, sich zu überzeugen, daß auch die Firma Roll, die mindestens ebenso bekannt und leistungsfähig auf dem Gebiet der Reinigungstechnik ist, solche Anlagen seit Jahren herstellt.“ Mit solchen Aussagen konnte der öffentliche Druck auf „schmutzige Betriebe“ erhöht werden. Vgl. Sylvia Koppelberg, Tri und Per im Visier, in: Der Gewerkschafter 8/1989, S. 37.

IG Metall zahlreiche Ersatzstoffe sowie „gesundheits- und umweltverträgliche“ Kühlschmiermittel von Unternehmen angeboten, die sich von der Kampagne einen Werbeeffect für ihre Produkte erhofften.

Zugeständnisse

Hier ergaben sich also Möglichkeiten, Widersprüche im Unternehmerlager im Interesse von Umwelt- und Gesundheitsschutz zu nutzen und das Sachzwang-Argument, es wären keine Ersatzstoffe verfügbar, zu entkräften. Insgesamt gab es mit dem Unternehmervverband weniger Konfrontationen als erwartet;

eher kam es zu Auseinandersetzungen mit Einzelunternehmen. In der ersten Phase schwenkte eine große Zahl von Unternehmen gleichfalls überraschend schnell auf Ersatzstoffe um – entweder real oder zumindest mit verbalen Ankündigungen. In den meisten der von uns durchgeführten Interviews wurde das als Beleg dafür interpretiert, daß die Kampagne auf eine „weiche Stelle“ der Unternehmer stieß. Freilich bliebe zu überprüfen, inwieweit ihnen durch Kompromisse seitens der Betriebsräte die Zustimmung erleichtert wurde und wie weit solche Kompromisse im einzelnen reichten.³²

32 Dies betrifft zum Beispiel den Umstieg auf gekapselte Anlagen. Auf dieses Problem macht Gerhard Zambelli aufmerksam. Vgl. S. Koppelberg, a.a.O.